



## Themen

Seite 1

### Kommunale Kosten für Integration

Seite 3

### 80. Geburtstag von Josef Deimer

Seite 4

### Defizitverträge für Kindertagesstätten

Seite 5

### Förderung von Elektromobilität

Seite 6

### Kassenstatistik im ersten Quartal

Seite 7

### Psychische Gesundheit

## Keine Kommunalisierung der Kosten für Integration

Am 1. Juni 2016 trafen sich die Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister aller kreisfreien Städte und Großen Kreisstädte in Bayern zur dritten OB-Konferenz des Bayerischen Städtetags im Nürnberger Rathaus. Sie diskutierten mit Staatssekretär Johannes Hintersberger, der in Vertretung für Sozialministerin Emilia Müller an der Konferenz teilnahm, sowie Dr. Markus Schmitz von der Regionaldirektion Bayern der Agentur für Arbeit die aktuellen Herausforderungen und Chancen der Zuwanderung.

Einigkeit bestand bei den Stadtoberhäuptern darin, dass die bayerischen Städte Integration können, dies aber nicht zum Nulltarif funktioniert. Der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly, zeigte anhand der fünf Felder der Integration – Sprach- und Integrationskurse, Kita, Schule, Arbeitsmarkt und Wohnen – auf, wo die derzeitigen und zukünftigen Herausforderungen liegen und in welchen Bereichen die Staatsregierung und der Bund ihren Einsatz erhöhen müssen. Schmitz berichtete über Fortschritte und Probleme bei Integration in Ausbildung und Arbeit.

Neben der unverzichtbaren Vermittlung der deutschen Sprache in möglichst homogenen Teilnehmergruppen kann auch die frühzeitige und flächendeckende Eingliederung in Kindertageseinrichtungen einen wichtigen Beitrag zur Integration leisten. Die derzeitige Investitions- und Betriebskostenförderung deckt den Mehrbedarf aber nicht ab. Der Freistaat ist hier gefordert, über die bestehende Förderung zumindest zeitlich begrenzt deutlich hinauszugehen, um eine Kommunalisierung der Integrationskosten zu vermeiden. Gleichermaßen gilt für den Bedarf an Schulräumen und die Förderquote bei der Schulraumfinanzierung.

#### Impressum

Büro: Prannerstraße 7, 80333 München

Post: Postfach 100254, 80076 München

Telefon: 089 290087-0

E-Mail: post@bay-staedtetag.de

Website: www.bay-staedtetag.de

Verantwortlich für den Inhalt:

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied Bernd Buckenhofer

Redaktion: Dr. Achim Sing

Druck: Offprint, Planegger Straße 121, 81241 München

Gedruckt auf FSC-zertifiziertem Papier



Die ausreichende Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum ist eines der drängendsten Probleme in Bayern. Die für die Wohnraumförderung bereitgestellten Bundes- und Landesmittel sind, trotz des positiv hervorzuhebenden Wohnungspaktes Bayern, in Summe nicht höher als vor 25 Jahren. Gleichzeitig haben sich Baugrund und Baukosten deutlich verteuert. Hier ist der Bund gefordert. Neben der weiteren Erhöhung der Förderung sollte auch über steuerliche Anreize nachgedacht werden. Es darf nicht zur Konkurrenz um bezahlbaren Wohnraum kommen.

Maly begrüßt die Forderung des Bayerischen Städtetags nach vollständiger Übernahme des flüchtlingsinduzierten Aufwuchses bei den Kosten der Unterkunft durch den Bund. Mit Anerkennung fallen die Schutzsuchenden überwiegend in den Rechtskreis des SGB II. Von den zu gewährenden Kosten der Unterkunft tragen die Kommunen rund zwei Drittel. Die finanziellen Mehrbelastungen der Kommunen waren bereits

im vergangenen Jahr gegenüber dem Freistaat thematisiert worden. Ministerpräsident Horst Seehofer hatte einem open-book-Verfahren über die bei den Kommunen verbleibenden Kosten der Zuwanderung und Integration zugestimmt.

Der Bayerische Städtetag und der Bayerische Landkreistag haben daraufhin ermittelt, dass die kreisfreien Städte und Landkreise in Bayern allein im Jahr 2015 auf rund 212 Millionen Euro sitzen geblieben sind. Gerade die Verwaltungskosten und die Jugendhilfekosten für junge Volljährige, ehemals minderjährige unbegleitete Ausländer summieren sich bisher ohne Ausgleich bei den Kommunen. Um eine kalte Kommunalisierung der Integrationskosten zu vermeiden, fordert der Bayerische Städtetag hier weiter den zielgerichteten Dialog mit dem Freistaat über eine aufgabenbezogene Kostenerstattung.

Kontakt: [inka.papperger@bay-staedtetag.de](mailto:inka.papperger@bay-staedtetag.de)

## BAYERISCHER STÄDTETAG 2016

# Zuwanderung und Integration

am 13. und 14. Juli 2016 in Memmingen

Am Mittwoch, **13. Juli**, treffen sich um 13:30 Uhr CSU, SPD und 3. Gruppe zu ihren Besprechungen. Anschließend findet am Nachmittag um 15:30 Uhr die interne Vollversammlung statt. Am Abend lädt die Stadt Memmingen zum Empfang.

Am Donnerstag, **14. Juli**, steht um 9:00 Uhr nach den Grußworten des 2. stellvertretenden Vorsitzenden, Erster Bürgermeister **Josef Pellkofer**, und des Gastgebers, Oberbürgermeister **Dr. Ivo Holzinger**, die Rede des Städtetagsvorsitzenden Oberbürgermeister **Dr. Ulrich Maly** über Zuwanderung und Integration sowie eine Podiumsdiskussion auf dem Programm. Das Schlusswort hält der 1. stellvertretende Vorsitzende, Oberbürgermeister **Dr. Kurt Gribl**.

## 80. Geburtstag von Josef Deimer

# Immerwährender Vorsitzender des Bayerischen Städtetags

**Josef Deimer erscheint „fast schon als immerwährender Vorsitzender und als Personalifizierung des Bayerischen Städtetags“ sagte Dr. Ulrich Maly bei einer Feier zum 80. Geburtstag des Ehrenvorsitzenden. Deimer war 35 Jahre (1970-2004) Oberbürgermeister von Landshut. Der Vorsitzende Josef Deimer verkörperte den Bayerischen Städtetag fast 30 Jahre lang in der Öffentlichkeit (1975-2004). Maly: „Mit dieser Amtszeit ist Deimer der Rekordhalter – auf ewig“.**

Deimer zeichnet sich laut dem Vorsitzenden des Bayerischen Städtetags Maly durch seine Reden und seine Schlagfertigkeit aus: „Er konnte rhetorisch Aufmerksamkeit erregen, ohne Laut-Sprecher zu sein.“ Deimer war offen und freundlich, gerade gegenüber jungen Kommunalpolitikern. Als Vorsitzender hat er Maßstäbe gesetzt: Deimer imponiert wegen seiner Gerechtigkeit. Er verhandelte laut Maly „mit List, aber ohne Tücken“, er war „immer geradlinig und klar“. Deimer ist als unermüdlicher Kämpfer für eine solide Finanzausstattung der Kommunen aufgetreten. Sechs bayerische Finanzminister (zwei davon waren bei der Feier anwesend – Erwin Huber und Professor Dr. Kurt Faltlhauser) konnten seine Hartnäckigkeit bei jährlichen Verhandlungen zum kommunalen Finanzausgleich erleben.

Besonderes Gespür zeigt Deimer laut Maly als Ästhet, als Planer und Bau-Ingenieur: Ihm geht es um die Stadtgestalt und eine sinnvolle Landesplanung mit Achtung vor den Ressourcen. Er ist einer der frühen Kämpfer für Nachhaltigkeit, Naturschutz und Umweltbelange. Der Kampf gegen die Verschandelung der Landschaft mit Beton und Asphalt bringt ihn bis heute auf die rhetorischen Barrikaden. Der Ehrenvorsitzende Deimer fehlt bei keiner Vorstandssitzung und beobachtet genau die Arbeit seiner Nachfolger.

Der frühere Innenminister und Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein umriss einige der Leistungen des langjährigen Städtetagsvorsitzenden:

Deimer war vorausschauend ein Skeptiker gegenüber dem freien Spiel der Kräfte und Mahner gegen den Privatisierungswahn: Frühzeitig hat er die problematischen Effekte erkannt, die der Verkauf kommunaler Ressourcen nach sich ziehen: „Er ist gegen die Euphorie der Privatisierung angetreten und wollte eine Stadt nie als Unternehmen verstehen“, sagte Beckstein. Auch in Zeiten, als „die CSU mit leuchtenden Augen von Atomenergie geschwärmt hat“, verwies Deimer auf die Gefahren der Atomkraft und warb für eine kleinräumige Energieversorgung. Beckstein strich heraus, wie sich Deimer über die Jahre hinweg für eine ästhetische Stadtgestalt alter Bausubstanz engagiert hat: „Deimer setzte sich dafür ein, einem Gemeinwesen mit Städtebau und Denkmalschutz ein Gesicht zu geben.“

Landtagspräsidentin Barbara Stamm verwies als Präsidentin des Bayerischen Volkshochschulverbands auf die Leistungen ihres Vorgängers Deimer (1979-2014): „Deimer ist ein Garant für die Verankerung der Volkshochschulen in den Kommunen. Der Freistaat ist bei der Finanzierung der Volkshochschulen keineswegs vorn“.

Für Deimer ist „Kommunalpolitik der Ernstfall der Demokratie“. Deimer verweist auf den Zusammenhalt im Städtetag trotz unterschiedlicher Interessen und Parteizugehörigkeiten: „Wir konnten auch in den Themen, die uns getrennt haben, einen Konsens erreichen.“ Die Themen des Städtetags sind über die Jahre letztlich unverändert, etwa im Kampf dagegen, „dass die Schere zwischen verschämter Armut und unverschämtem Reichtum immer weiter auseinandergeht“. Seinem Vorgänger im Städtetagsvorsitz (1964 -1972), Dr. Hans-Jochen Vogel, konnte Deimer bei der Feier einen Zettel mit Vogels Handschrift von 1976 zeigen: „Für meinen Enkel im Amt, der seine Sache gut macht.“ Deimer sagte zu seinem Nachnachfolger Maly: „Das kann ich heute zu meinem Enkel im Amt auch sagen.“

Kontakt: [achim.sing@bay-staedtetag.de](mailto:achim.sing@bay-staedtetag.de)

## Entscheidung des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs

# Keine Defizitverträge für Kindertageseinrichtungen

**Städte und Gemeinden, die gemäß der Empfehlung des Bayerischen Städtetags nicht bereit waren, Defizitverträge mit kirchlichen oder freigemeinnützigen Trägern von Kindertageseinrichtungen zu schließen, können dank einer neuen Entscheidung des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs aufatmen: die Weigerung Defizitverträge abzuschließen, wurde höchstrichterlich nicht beันstandet.**

Die Beschwerdeführerin, eine katholische Stiftung, betreibt in der Stadt Weißenburg einen als bedarfsnotwendig anerkannten Kindergarten. In der Vergangenheit hatte die Diözese freiwillige Zuschüsse zu den Personalkosten geleistet, da die ausgereichten Fördergelder und die von den Eltern aufgebrachten Beiträge nicht kostendeckend waren. Nachdem diese Zuschüsse ab dem Jahr 2010 eingestellt wurden, beantragte die Stiftung bei der Stadt die Übernahme des Defizits für das Jahr 2010. Die Stiftung erhob Klage, da die Stadt Weißenburg, anders als eine Reihe anderer Gemeinden im Freistaat, nicht bereit war, einen Defizitvertrag mit der Beschwerdeführerin abzuschließen, und auch die Übernahme des Defizits für das Jahr 2010 ablehnte.

Die Verfassungsbeschwerde gegen die ablehnende Entscheidung des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs blieb erfolglos. Der Verfassungsgerichtshof sieht keinen Verstoß gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz. In der Übernahme des Betriebskostendefizits von eigenen, städtischen Einrichtungen liegt keine Ungleichbehandlung gegenüber anderen Trägern von Kindertageseinrichtungen vor. Soweit die Stadt Weißenburg bei städtischen Kindergärten das nach der gesetzlichen Förderung und den Gebühren der Eltern verbleibende Betriebskostendefizit selbst deckt, nicht jedoch das Defizit für die Kindertageseinrichtung in kirchlicher Trägerschaft übernimmt, sind die Verhältnisse nicht vergleichbar. Die Verpflichtung zur Deckung des Defizits folgt allein aus der Trägerschaft der

Einrichtung, nicht aus der Förderungspflicht nach dem Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz (BayKiBiG) und trifft alle Einrichtungsträger in gleicher Weise. Zudem stellt die Übernahme des Defizits bei städtischen Kindertageseinrichtungen keine Leistung an einen Dritten dar.

Ebenso wenig verstößen die Regelungen zur Betriebskostenförderung gemäß BayKiBiG gegen den Gleichheitssatz. Der Verfassungsgerichtshof kommt zu dem Ergebnis, dass die Betriebskostenförderung kommunale Träger stärker als freigemeinnützige und sonstige Träger belastet. Grundsätzlich tragen zur Finanzierung der Kindertageseinrichtungen der Freistaat, die Gemeinden und die Eltern bei. Neben die staatliche Investitionsförderung tritt die von Staat und Gemeinden aufzubringende Betriebskostenförderung. Sie wird nach pauschalierten Sätzen geleistet und beinhaltet keine Vollkostenfinanzierung. Verbleibende Betriebskostendefizite haben die Träger der Kindertageseinrichtungen zu tragen.

Freigemeinnützige und sonstige Träger müssen abgesehen von der Übernahme des Restdefizits keine eigenen Mittel zum Betrieb ihrer Kindertageseinrichtungen einsetzen. Kommunale Träger werden dagegen bei Kindern aus ihrer Gemeinde nur durch die staatliche Betriebskostenförderung und die von den Eltern gezahlten Benutzungsgebühren, nicht aber durch weitere Leistungen Dritter entlastet. Denn Gemeinden, die Träger von Kindertageseinrichtungen sind, haben für Kinder, die ihre kommunale Einrichtung besuchen und ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Zuständigkeitsbereich der Trägergemeinde haben, den Eigenanteil in Höhe der staatlichen Förderung selbst aufzubringen, weil ihnen ohne Leistung des Eigenanteils kein Anspruch auf die staatliche Förderung zusteht.

Kontakt: [inka.papperger@bay-staedtetag.de](mailto:inka.papperger@bay-staedtetag.de)

## Elektromobilität als Teil der Energiewende

# Maßnahmen von Bund und Land für Elektromobilität

**Der Bayerische Städtetag begrüßt die Maßnahmen des Bundes und des Freistaats Bayern zum „Markthochlauf“ von Elektrofahrzeugen. Die Bundesregierung will mit einem neuen Maßnahmenpaket dem Ziel von einer Million Elektrofahrzeugen auf deutschen Straßen bis zum Jahr 2020 näher kommen. Mit 300 Millionen Euro sollen bundesweit 15000 Ladesäulen gebaut werden, mit Kaufprämien soll der Markt angekurbelt werden, zehn Jahre soll keine Kfz-Steuer für ein Elektrofahrzeug anfallen. Der Freistaat Bayern unterstützt dies mit ergänzenden Maßnahmen, insbesondere zur Ladeinfrastruktur. Die Möglichkeiten für Erleichterungen für E-Fahrzeuge im Straßenverkehr zeigen langsam Wirkung.**

Derzeit sind bundesweit rund 25.000 reine Elektrofahrzeuge zugelassen. Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt erhofft sich mit dem neuen Bundesprogramm - insbesondere der Kaufprämie von 4000 Euro für reine Elektrofahrzeuge und 3000 Euro für Hybridfahrzeuge - mit einem Gesamtvolumen von 1,2 Milliarden Euro einen Zuwachs von etwa 400.000 Elektrofahrzeugen in den nächsten Jahren.

Die Bayerische Staatsregierung will ein Gesamtkonzept zum Ausbau der notwendigen Ladeinfrastrukturen an Behördenstandorten in Bayern erarbeiten. Äußerungen von Innenminister Joachim Herrmann zu Folge werde man sich dafür einsetzen, Mieter und Wohnungsinhabern in Gemeinschaftsanlagen die Installation eines Ladeanschlusses für E-Autos in Garagen oder an Stellplätzen zu erleichtern. Außerdem soll der Ausbau der für Bayern erforderlichen 7000 Ladesäulen vorangetrieben werden. Auch der „Ladeatlas Bayern“, eine Internet-Plattform mit Echtzeitinformationen zu den Ladesäulen, soll weiterentwickelt werden.

Aus Sicht des Bayerischen Städtetags ist die Elektromobilität ein wichtiger Bestandteil der Energiewende, die auch als eine „Verkehrs-

wende“ begriffen werden muss. Dazu gehören der Erhalt und der Ausbau des umweltfreundlichen öffentlichen Personennahverkehrs in den Städten und Ballungsräumen, der dort mit seinen U-Bahnen, Straßenbahnen und Elektrobusen zu einem gewichtigen Anteil auf Elektroantrieben beruht.

Aus Sicht der Städte muss das Förderprogramm des Bundes durch möglichst technologieneutrale Fördermaßnahmen des Freistaats für die Elektromobilität und für alternative Antriebskonzepte, insbesondere der Brennstoff- und Wasserstoffzelle, flankiert werden.

Das vor einem Jahr in Kraft getretene Elektromobilitätsgesetz des Bundes schafft mit Anreizen für Elektrofahrzeuge im Straßenverkehrsrecht langsam Wirkung. So haben einige Städte schon vor Inkrafttreten des Gesetzes Parkplätze für Elektroautos an Ladestationen im öffentlichen Raum geschaffen. In Bayern haben insbesondere die Städte Ansbach, Bayreuth, Kempten und Landshut kostenlose Parkplätze für E-Autos geschaffen.

Weitere mögliche Maßnahmen wären Ausnahmen bei Zufahrtsbeschränkungen oder die Nutzung von Busspuren für E-Autos. Diese Möglichkeiten können in der Praxis jedoch wenig Wirkung zeigen: Da es ohnehin in den Städten nur wenig Zufahrtsbeschränkungen gibt, sind dort auch kaum „Lockierungen“ möglich. Die Freigabe von Busspuren für private Elektro- und Hybridfahrzeuge war aus Sicht des Städtetags von Anfang an nicht zielführend. Busspuren müssen dem öffentlichen Nahverkehr, den Taxen und Krankentransporten vorbehalten bleiben. Elektrofahrzeuge dürfen nicht um den Preis einer Verlangsamung des öffentlichen Nahverkehrs beschleunigt werden.

Kontakt: thomas.kostenbader@bay-staedtetag.de

## Kassenstatistik im ersten Quartal

# Starker Anstieg bei den Ausgaben

**Die Ergebnisse der Kassenstatistik aus dem ersten Quartal würden nach einem ersten oberflächlichen Blick auf das Gewerbesteueraufkommen zu einem vorsichtigen Optimismus verführen. Allerdings bleiben beim genaueren Blick auf Einnahmen und Ausgaben den Kommunen trotz des wachsenden Steueraufkommens kaum Spielräume. Die Steuereinnahmen steigen zwar, aber gleichzeitig wachsen die Ausgaben kontinuierlich an - nicht zuletzt wegen der Kosten für Unterbringung und Integration von Flüchtlingen und Asylbewerbern.**

Die kassenmäßigen Steuereinnahmen (Netto) der bayerischen Kommunen im Jahresauftaktquartal von 2,79 Milliarden Euro lagen deutlich über dem Vorjahresniveau (10,7 Prozent). Allerdings sind die Steuerbeteiligungsbeträge (Einkommensteuer, Umsatzsteuer) für das erste Quartal nicht in der Statistik enthalten, weil diese erst im April ausbezahlt wurden. Bei diesen Positionen wird lediglich das Ergebnis der Spitzabrechnung für das letzte Quartal 2015 ausgewiesen. Deshalb richtet sich das Hauptaugenmerk im ersten Quartal auf die Gewerbesteuer.

Das Netto-Gewerbesteueraufkommen in Höhe von 2,41 Milliarden Euro stieg gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 14,3 Prozent. Bei den kreisfreien Städten gab es mit einem Nettoaufkommen in Höhe 1,14 Milliarden Euro eine Erhöhung um 16,9 Prozent. Fast die Hälfte der kreisfreien Städte verzeichnete Einbußen gegenüber dem Vorjahresquartal, wobei die Intensität der Rückgänge stadtbezogen sehr unterschiedlich ausfällt. Die kreisangehörigen Gemeinden und Städte konnten mit einem Nettoaufkommen von 1,27 Milliarden Euro um 12,1 Prozent zulegen.

Das insgesamt positive Jahresauftaktquartal bei den Steuereinnahmen lässt aber keine euphorischen Rückschlüsse für das laufende Haushaltsjahr zu, weil die Gesamtausgabenbelastung der

Kommunen (11,14 Milliarden Euro) erneut deutlich gestiegen ist (+ 8,7 Prozent).

Der starke Anstieg vollzog sich nahezu durch alle Ausgabengruppierungen. Zu nennen sind insbesondere die Mehrungen für Personal (+ 5,2 Prozent), beim sächlichen Verwaltungs- und Betriebsaufwand (+ 6,5 Prozent) sowie bei den Leistungen für Sozialhilfe (+ 9,1 Prozent) und sonstigen sozialen Leistungen (+ 53,0 Prozent).

Der teilweise expansive Anstieg dürfte vor allem auf die flüchtlingsbedingten Mehraufwendungen der bayerischen Kommunen zurückzuführen sein. Bereits im Jahresschlussquartal 2015 haben diese Mehrbelastungen ihren Niederschlag in der Kassenstatistik gefunden. Dies bestätigt die Forderung der kommunalen Spitzenverbände nach einer aufgabenbezogenen Entlastung der Kommunen bei der Unterbringung und Integration von Flüchtlingen und Asylbewerbern. Diese Kosten dürfen nicht stillschweigend kommunalisiert werden.

Für das erste Kalendervierteljahr ergibt sich ein negativer Finanzierungssaldo in Höhe von 1,2 Milliarden Euro, der sich aufgrund der aufgezeigten Entwicklung auf der Ausgabenseite gegenüber dem Vorjahreswert deutlich verschlechtert hat (- 34,8 Prozent).

Die weitere Entwicklung bleibt zu beobachten. Allerdings dürfte sich der Anstieg auf der Ausgabenseite weiter fortsetzen. Dagegen sind beim Gewerbesteueraufkommen kurzfristige Rückschläge nicht auszuschließen.

Kontakt: [johann.kronauer@bay-staedtetag.de](mailto:johann.kronauer@bay-staedtetag.de)

## Psychische Gesundheit im öffentlichen Dienst

# Betriebliches Gesundheitsmanagement

Fach- und Führungskräfte aus dem öffentlichen Dienst diskutierten mit Experten aus Wissenschaft und Praxis bei einer Konferenz der Landeshauptstadt über das Betriebliche Gesundheitsmanagement in den Kommunen. Seit 2001 sind in Deutschland die Fehlzeiten aufgrund psychischer Leiden um das Doppelte auf über 60 Millionen Krankheitstage angestiegen. 25 bis 30 Prozent erkranken während ihres Berufslebens an einer psychischen Störung. Alternde Belegschaften, zunehmende Arbeitsverdichtung und steigende gesellschaftliche Anforderungen im Privaten sind einige Ursachen. Eine Rolle spielt dabei der Führungsstil und das Konfliktmanagement gegenüber Mitarbeitern. Die Konferenz widmete sich der Frage, was das Betriebliche Gesundheitsmanagement (BGM) in der Verwaltung leisten muss, um die psychische Gesundheit zu erhalten und zu fördern.

Die Arbeitswelt wird vielfältiger, komplexer, dynamischer und beanspruchender. Die daraus folgenden psychischen Belastungen können begrenzt werden. Unter dem Motto „Geht's noch?“ hatte die Landeshauptstadt über das vom Bundessozialministerium geförderte Projekt „psyGA“ die Tagung im April in Kooperation mit dem Netzwerk für Betriebliche Gesundheitsförderung organisiert. „In Zeiten wachsenden Arbeitsdrucks und immer älter werdenden Belegschaften ist der Erhalt der Arbeitsfähigkeit der Beschäftigten von enormer Bedeutung. Umso wichtiger sind die Instrumente des Betrieblichen Gesundheitsmanagements, um die Arbeitsfähigkeit möglichst lange zu erhalten“, so Dr. Thomas Böhle, Personal- und Organisationsreferent der Landeshauptstadt. Die Vorträge zeigten Bausteine des BGM zum Erhalt der psychischen Gesundheit. Die Entlastung älterer Mitarbeiter ist ein wichtiger Punkt. Prof. Dr. Heinrich Geißler, Universität Potsdam, erklärte, dass Altern ein Übergang ist, bei dem die körperlichen Fähigkeiten nachlassen, die sozialen, geistigen und psychischen sich aber weiterentwickeln. Ältere Mitarbeiter müssen daher unter Berücksichtigung der individuellen

Bedürfnisse von körperlichen Anstrengungen und Zeitdruck entlastet werden.

Olaf Schäfer vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft stellt fest, dass die Ziele des BGM weiter sind, als nur Äpfel auf dem Konferenztisch und Sportangebote. Sabine Can, Leiterin des BGMs der Landeshauptstadt zeigte, dass aus Führungskräftesicht die Reduzierung des Krankenstands ein Ziel ist. Dieser ist als Spitze des Eisbergs ein Spätindikator, der von vielen Faktoren abhängt. Gerade beim Ziel, die Arbeitsfähigkeit zu erhalten und zu verbessern haben Führungskräfte eine zentrale Rolle.

Teresa Schultz, Gesundheitsmanagerin der Stadt Mannheim bestätigte, dass der Führungsstil der wichtigste Faktor für die Arbeitsfähigkeit von Mitarbeitern ist. Was macht eine gute Führungskraft aus? Für Prof. Dr. Hans-Dieter Hermann, Sportpsychologe der Fußball-Nationalmannschaft, müssen Führungskräfte sich das Vertrauen ihres Teams erarbeiten. Was eine Führungskraft sagt und wie sie handelt, muss deckungsgleich sein. Sie muss nahbar sein und dem Mitarbeiter das Gefühl geben, an seinem Platz richtig und wichtig zu sein. Ein zentraler Punkt ist das Konfliktmanagement. Es reduziert Stress, daher muss die Führungskraft konfliktfähig sein, denn Konflikte gehören zu den häufigsten Stressfaktoren in der Arbeitswelt, so Michaela Reichertz, Leiterin der Zentralen Stelle für Mediation und Konfliktmanagement der Landeshauptstadt. Studien zeigen, dass in Organisationen mit einer guten Konfliktkultur der Krankenstand geringer ist. Prof. Dr. Hans Wüthrich, Managementforscher an der Universität der Bundeswehr rät, Überorganisation abzubauen. Durch eine zu hohe Regelungsdichte im öffentlichen Dienst ginge die Vielfalt verloren, die aber wichtig sei für die Vitalität der Behörden. Weitere Infos: [www.psyga.info](http://www.psyga.info); [http://www.muenchen.de/rathaus/Stadtverwaltung/Personal-und-Organisationsreferat/Gesundheit/psyGA\\_2016/Tagungsnachlese.html](http://www.muenchen.de/rathaus/Stadtverwaltung/Personal-und-Organisationsreferat/Gesundheit/psyGA_2016/Tagungsnachlese.html)

Kontakt: [andrea.gehler@bay-staedtetag.de](mailto:andrea.gehler@bay-staedtetag.de)

## Studie zum Bürgerkonto

Die Innovationsstiftung Bayerische Kommune hat eine Studie mit dem Titel „Das Bürgerkonto. Möglichkeiten und Potentiale“ veröffentlicht. Die Studie untersucht Chancen, wie mit dem persönlichen Nutzerkonto des Bürgers modernes eGovernment funktioniert. Die Studie zeigt, wie damit elektronische Verwaltungsdienste nutzbringend eingesetzt werden können und stellt Entwicklungspotentiale des Bürgerkontos in verschiedenen Bereichen dar. Verfasst wurde die Studie von der Hochschule für angewandte Wissenschaften Würzburg – Schweinfurt. Sie kann kostenlos von der Homepage der Innovationsstiftung heruntergeladen werden unter:  
[www.bay-innovationsstiftung.de](http://www.bay-innovationsstiftung.de)

## Nachhaltigkeitspreis

Im Jahr 2016 wird der Deutsche Nachhaltigkeitspreis für Städte und Gemeinden zum fünften Mal vergeben. Die Auszeichnung ist u. a. eine Initiative der Stiftung Deutscher Nachhaltigkeitspreis in Zusammenarbeit mit der Bundesregierung und dem Deutschen Städtetag. Der Wettbewerb läuft bis Juni 2016 und erhebt über einen Online-Fragebogen das Nachhaltigkeitsprofil der Bewerber. Der Preis ist mit über 100.000 Euro dotiert. Gesucht werden Kommunen in drei Größenklassen (groß, mittel und klein), die im Rahmen ihrer wirtschaftlichen Möglichkeiten eine nachhaltige Stadtentwicklung betreiben und in den Themenfeldern der Verwaltung erfolgreiche Nachhaltigkeitsprojekte realisiert haben. Bei der Vergabe werden auch finanziell schwache Bewerber berücksichtigt, die trotz eingeschränkter Möglichkeiten nachhaltig agieren. Aufgrund der Entwicklungen mit dem Flüchtlingszuzug wird in dem Fragebogen ein Schwerpunkt auf entsprechende Herausforderungen und Lösungsansätze in den Kommunen gelegt.

[www.nachhaltigkeitspreis.de](http://www.nachhaltigkeitspreis.de)

## Persönliche Nachrichten

### Verstorben

ist Altbürgermeister **Hubertus Lindner**, Grünwald.

### Geburtstage

Im Juni 2016 feiern

den 75. Geburtstag:  
Bürgermeister **Karlheinz Hoyer**, Waldsassen,

den 70. Geburtstag:  
Bürgermeister **Reiner Heinrich**, Mering, Bürgermeister **Günther Pammer**, Deggendorf, Bürgermeister **Hermann Rabensteiner**, Arzberg

den 60. Geburtstag:  
Erster Bürgermeister **Johann Eschlberger**, Ainring, Bürgermeister **Werner Hillerich**, Erlenbach a. Main, Bürgermeister **Peter Holzmann**, Neustadt a. d. Aisch, Bürgermeister **Georg Hornburger**, Aschheim, Bürgermeister **Dieter Seban**, Bad Brückenau,

den 50. Geburtstag:  
Bürgermeister **Thomas Deffner**, Ansbach, Erste Bürgermeisterin **Christine Konrad**, Dettelbach, Mitglied im Umweltausschuss des Bayerischen Städtetags, Oberbürgermeister **Mathias Neuner**, Landsberg am Lech, Mitglied im Bau- und Planungsausschuss des Bayerischen Städtetags.

## Termine

- 15.06.2016 **Bezirksversammlung Oberpfalz** in Tirschenreuth
- 17.06.2016 **Verwaltungs- und Rechtsausschuss** in Penzberg
- 20./21.06.2016 **Ausschuss der kreisangehörigen Verbandsmitglieder** in Nördlingen
- 27./28.06.2016 Arbeitskreis **Stadtgrün** in Bayreuth
- 04.07.2016 Arbeitskreis **Stadtarchive** in München
- 12./13.07.2016 **Vorstand** in Memmingen
- 13.07.2016 **Pressekonferenz** in Memmingen (Jahrestagung)
- 13./14.07.2016 **BAYERISCHER STÄDTETAG 2016** in Memmingen
- 20./21.07.2016 Arbeitskreis **Bestattungswesen** in Augsburg
- 27.07.2016 Arbeitskreis **Presse- und Öffentlichkeitsarbeit** in München
- 03.08.2016 **Pressekonferenz** in München
- 18./19.08.2016 **Arbeitsgemeinschaft der EU-Koordinatoren** in Furth im Wald
- 27.09.2016 **Ausschuss der kreisangehörigen Verbandsmitglieder** in München
- 28.09.2016 Erfahrungsaustausch der **Geschäfts- und Hauptamtsleiter Großer Kreisstädte** in München
- 05.10.2016 **Bezirksversammlung Niederbayern** in Landshut
- 06.10.2016 **Bau- und Planungsausschuss** in München
- 07.10.2016 Arbeitskreis **Personal** in Coburg
- 10.10.2016 **Wirtschafts- und Verkehrsausschuss** in München
- 12.10.2016 Arbeitskreis **Gutachterausschüsse** in Würzburg
- 12.10.2016 **Sozialausschuss** in Nürnberg
- 18./19.10.2016 **Forstausschuss** in Landsberg am Lech
- 18.10.2016 **Verwaltungs- und Rechtsausschuss** in München

- 19.10.2016 **Bezirksversammlung Oberfranken** in Arzberg
- 20.10.2016 Arbeitskreis **Finanzen** in München
- 20./21.10.2016 **Sportausschuss** in Ingolstadt
- 21.10.2016 **Bezirksversammlung Mittelfranken** in Zirndorf
- 21.10.2016 **Finanzausschuss** in München
- 21.10.2016 **Schulausschuss** in München
- 21.10.2016 Arbeitskreis **Organisation** in Regensburg
- 25.10.2016 **Bezirksversammlung Schwaben** in Memmingen
- 27.10.2016 **Bezirksversammlung Oberpfalz** in Amberg
- 27.10.2016 **Umweltausschuss** in München
- 08.11.2016 **Vorstand** in München
- 10.11.2016 **Pressekonferenz** in München
- 10.11.2016 **Kämmerertagung Mittelfranken** in Ansbach
- 11.11.2016 **Personal- und Organisationsausschuss** in München
- 15.11.2016 **Bezirksversammlung Oberbayern** in Dorfen
- 15.11.2016 **Kämmerertagung Schwaben** in Weißenhorn
- 16.11.2016 **Kulturausschuss** in Bamberg
- 17.11.2016 **Kämmerertagung Oberbayern** in Grafing
- 22.11.2016 **Kämmerertagung Niederbayern/Oberpfalz** in Landshut
- 24.11.2016 **Kämmerertagung Oberfranken** in Bamberg
- 02.12.2016 **Kämmerertagung Unterfranken** in Würzburg
- 08.12.2016 **Bezirksversammlung Unterfranken** in Haßfurt

*abgeschlossen am 13. Juni*